

Wochenzeitschrift  
für Kultur und Politik

George Tabori · Cannes · Václav Havel

Nr. 21

**ZEIT**  
DAS STADTMAGAZIN  
**PLAN**

*Tips & Termine*  
26. 5. – 1. 6.

NEU: BUDAPEST-PROGRAMM  
NEU: COMPUTER-SERIE

# Falter

## DEUTSCHKUNST

*Gachnang – Tagebuch*  
*Stumpf – Interview*  
*Bilderstreit – Bericht*



*These are the things we are fighting for*

## Bürokratische Hürden

Am vergangenen Montag, den 22. Mai, veranstaltete das Institut für Arbeitsmarktverwaltung (AMV) eine Tagung, die anlässlich des sechsjährigen Bestehens der Arbeitsmarktbetreuung abgehalten wurde. Die Arbeitsmarktbetreuung war eine Reaktion auf die Gründung zahlreicher alternativer Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Rezessionsjahren Anfang dieses Jahrzehnts. Diesen Gruppen wollte man durch die sogenannte „Aktion 8000“ staatliche Hilfe zukommen lassen, mit dem Ziel, daß solcherart Problemregionen wie das Waldviertel Strukturverbesserungen erfahren, und neue Jobs vor allem für Langzeitarbeitslose geschaffen werden.

Die Betreiber der verschiedenen Projekte leiden jedoch darunter, daß sie direkt dem Ministerium und damit budgetrechtlichen Vorschriften unterstellt sind. Der Verein für psychosoziale Initiativen in Friedburg/OÖ zum Beispiel hat Werkstätten und Wohnmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose geschaffen, und bietet Kurse für die Betroffenen an. Um die Förderung muß Jahr für Jahr neu angesucht werden, durch die daraus resultierenden Verzögerungen entstehen Zeiten zwischen den Kursen, in denen die Arbeitsmarktverwaltung keine Betriebskosten über-

nimmt, und die Angestellten des Vereins auf der Straße stehen. Außerdem werden die Fördergelder immer nur im nachhinein ausbezahlt. Hohe Verschuldung der Vereine und Existenzängste bei den Betreuern sind die Folge.



„Uns (vom Sozialministerium) wird vom Haushaltsrecht eine extrem formalistische Vorgangsweise aufgezwungen. Es sind abwicklungsverzögernde Vorschriften einzuhalten, die den Zwang erzeugen, nur kurzfristig fördern zu können. Unser Apparat wird mit den Komplikationen nicht fertig“, rechtfertigt sich Dr. Steinbach vor den empörten Friedbergern, und es bleibt die Forderung aller am Kongreß Beteiligten im Raume stehen, Förderungsmittel in Zukunft längerfristiger und unbürokratischer zu vergeben.

Michael Heinzl

## Flüchtlinge gekündigt

**Mödling (tr)** Im Flüchtlingslager Mödling-Vorderbrühl werden demnächst Zimmer frei, zumindest, wenn es nach dem Willen des Lagerleiters Franz Hütter geht. Dieser kündigte nämlich mit Wirkung vom 28.4. drei Flüchtlingsfamilien ihre Zimmer. Bei den Gekündigten handelt es sich um eine Familie aus Chile, eine alleinstehende Mutter mit zwei Töchtern aus der CSSR und ein rumänisches Ehepaar mit fünf Kindern. Zwei als Flüchtlinge anerkannte Familien – Chilenen und Tschechen – konnten gegen die Kündigung Berufung einlegen. Was ihnen Aufschub der Kündigung bis 24. Mai gewährt. Die Rumänen sind als Flüchtlinge nicht anerkannt, so wurde ihnen am 3. Mai der Strom abgedreht, die Zimmertür ausgehängt und einige Möbel abtransportiert. Barbara Rauchwarter von der im Lager aktiven Flüchtlingshilfegruppe der evangelischen Pfarrgemeinde versteht diese Maßnahme nicht: „Das Asylrecht ist – für anerkannte Flüchtlinge – ja zeitlich nicht begrenzt“. Dem pflichtet auch der Lagerleiter bei, fügt jedoch hinzu, daß allerdings die Bundesbetreuung begrenzt sei. Bei diesen drei Familien

handle es sich „durchwegs um alte Fälle und jetzt ist einmal Schluß“.

Neben der Aussiedlungspolitik des Lagerleiters bemängelt Barbara Rauchwarter auch, daß „die Lagerleitung nur minimale Integrationshilfe für die Lagerbewohner leistet“. Ein Deutschkurs der Flüchtlingshilfegruppe und eine Rechtsberatungsstelle, die amnesty international einrichten wollte, wurden von der Lagerleitung abgelehnt.

Daß das Lager Vorderbrühl kein Einzelfall ist, davon ist der Generalsekretär von amnesty international Österreich Dr. Wolfgang Aigner überzeugt. „es kommt leider immer wieder vor, daß sowohl de-facto-Flüchtlingen, die nicht anerkannt sind, als auch anerkannten Flüchtlingen, gekündigt wird. Wir halten dieses Vorgehen allerdings für falsch, denn einerseits ist es Aufgabe des Bundes, mittellose anerkannte Flüchtlinge in die Bundesbetreuung aufzunehmen und andererseits gibt es eine Ministerzusage, daß auch nicht anerkannte Flüchtlinge, die vor 1987 nach Österreich gekommen sind, unterstützt werden.“

## Jüngste Gerichte

**Passau/Wien (tr)** Am 17. Mai wurde am Grenzübergang Passau der Wehrdienstpflichtige und zeitweilige Falter-Autor Christoph Kurzmann festgenommen. Zum dritten Mal schon kam er seinem Einberufungsbefehl nicht nach. Zweimal wurde er deswegen bedingt verurteilt. Am 2. Mai erfuhr Christoph Kurzmann,

daß er vorzeitig aus dem Präsenzdienst entlassen worden sei. Dennoch wurde er wegen „Nichtbefolgens eines Einberufungsbefehls“ und „Fluchtgefahr“ festgesetzt und befindet sich derzeit in Untersuchungshaft, da angeblich „Wiederholungsgefahr“ besteht.

# Vom Ministerium ins Kriminal

Als Folge der Lucona-Affäre stellt sich die Frage: Besitzt Österreich noch seine politische Souveränität

Von Reinhold Knoll

Salon

Als ich einmal einen befreundeten Anwalt um einen Grundbuchauszug gebeten hatte, erhielt ich dieses Schriftstück wenige Tage später. Ein Brief und ein Erlagschein lagen dabei. Mein Freund teilte mir mit, ihm seien Spesen erwachsen, die ich abdecken sollte. Kein hoher Betrag, eben ein Freundeschaftspreis.

Im Lucona-Ausschuß wurde ermittelt, daß der frühere Außenminister für seinen Freund ebenfalls Unterlagen benötigte. Er zögerte nicht, über den Dienstweg die Papiere besorgen zu lassen.

Ausgerechnet rumänische Behörden werden nicht aus Nächstenliebe zum österreichischen Außenminister und dessen Freund Papiere übergeben, die – nach Pressemeldungen – obendrein gefälscht waren. Was kosten also gefälschte Papiere?

Es wäre eine große Beruhigung, würde der ehemalige Außenminister etwa den Abschnitt eines Zahlscheines vorweisen, aus dem hervorgeht, er habe zur Rettung seines Freundes aus der Untersuchungshaft 100.000 Schilling überwiesen. Dann bestünde ja für die Republik keine weitere Verbindlichkeit. Es ist jedoch zu vermuten, daß unser Außenminister nie daran gedacht

hatte, sich persönlich in so zwielichtige Geschäfte einzulassen. Was würde also den Rumänen angeboten?

Die Fragen nehmen kein Ende. Sie werden immerhin von einer merkwürdigen Todesfuge seit dem Fall Lütgendorf begleitet. Zu unserem Kummer haben die Bundesminister ihre Ministerien benutzt wie vormals absolutistische Fürsten, doch im Gegensatz zu diesen sind sie anscheinend bereit, umgehend die Staatsräson der Republik Österreich zu verletzen. Das ist die deprimierendste Erkenntnis. Wenn sich nun der Bundeskanzler gegen die Einsetzung eines Noricum-Ausschusses wehrt, sind dann vergleichbare Tatbestände die Ursache dieser Weigerung?

In den nächsten Jahren steht Österreich vor weittragenden außenpolitischen Entscheidungen. Sieht man jetzt auf die inkriminierten, ehemals höchsten Funktionäre des Staates, kann man über die Handlungsfreiheit unseres Landes – etwa bei dem EG-Ansuchen – besorgt sein.

Freilich ist uns durch die Neutralität ein vorsichtiges Handeln auferlegt, doch können wir überhaupt noch selbst-

ständig handeln? Lasten auf unserem Staat vielleicht schon politische Hypothesen, von denen wir noch gar nichts wissen? Findet der sonderbare Parforceritt von Alois Mock nach Brüssel gar als Flucht vor stillen Übereinkünften statt und weit weniger aus Gründen eines ohnehin nicht so dringenden Anliegens der Wirtschaft?

Diese Umstände begleiten die bedrückende Einsicht, daß offenbar höchste Politiker nicht mehr wußten, daß auch ihre politisch-perversen Handlungen Politik waren. Der Ausschuß hat eben nicht nur das Abgleiten der Politik in Machenschaften zur Gewißheit werden lassen, sondern bestätigt auch die Vermutung, die Verantwortung für den Staat sei wie ein Hut in der Garderobe für Hinterzimmer abgelegt worden.

Um welchen Preis haben die Verantwortlichen das getan? Wohl nicht allein aus Gründen der Vollbeschäftigung und Konjunktur. Diese Politiker haben über die Sozialdemokratie Schande gebracht, haben die Interessen des Volkes verletzt, und die Politikfähigkeit des Landes zerstört. Sie verdienen die unterschiedendste Verachtung!

# „Die Regierung ist chaotisch“

Der tschechische Dramatiker und Bürgerrechtler Václav Havel wurde letzte Woche überraschend freigelassen

Die Fragen stellten Monika Czernin und Oliver Lehmann/Prag

**FALTER:** Sie wurden am Mittwoch letzter Woche nach der Verbüßung der Hälfte ihrer Haftstrafe entlassen. Im Jänner waren Sie wegen Ihrer Teilnahme an einer Gedenkkundgebung für Jan Palach zu acht Monaten Haft verurteilt worden. Haben Sie damit gerechnet, daß sie vorzeitig entlassen werden?

**HAVEL:** Etwa einen Monat vor der Halbzeit meiner Haftstrafe gab es gewisse Anzeichen im Gefängnis, daß die Regierung vor hat, mich zu entlassen. Aber sicher war ich mir natürlich nicht. Was war Ihrer Ansicht nach der Grund für Ihre Freilassung. Wollte die tschechoslowakische Regierung dem Westen eine Beachtung der Menschenrechte, möglicherweise aus wirtschaftlichen Überlegungen, signalisieren?

**HAVEL:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur von meinen Eindrücken ausgehen. Ich glaube die Regierung hat vor dem starken Druck kapituliert, den sowohl die öffentliche Meinung im Westen, wie in der CSSR ausgeübt hat. Das war etwas vollkommen Neues. Viele offizielle Künstler in der CSSR haben verschiedene Petitionen für mich unterschrieben. Außerdem dürfte die demnächst in Paris stattfindende Menschenrechtskonferenz eine Rolle gespielt haben. Das gefährliche ist jetzt zu glauben, daß wenn Havel nicht mehr im Gefängnis ist, alles wieder in Ordnung ist. Es

sind noch einige andere im Gefängnis, die nicht die Öffentlichkeit wie ich haben.

**Wieviel Menschen sind jetzt noch im Zusammenhang mit der Gedenkkundgebung für Jan Palach im Jänner im Gefängnis?**

**HAVEL:** Otakar Veverka und Jana Petrova sind noch im Gefängnis. Jana Petrova wird nächste Woche die Hälfte ihrer Haftzeit verbüßt haben. Dann werden wir sehen, ob die Regierung auch sie freiläßt oder nicht.

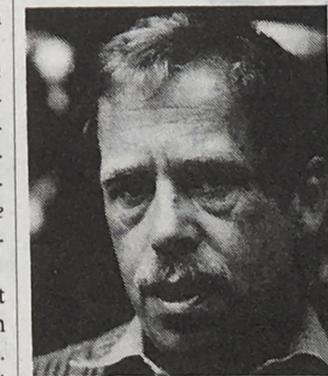


Foto: Charta 77-Foundation

**Am Freitag wurde auch einer der Chartasprecher vom letzten Jahr, Stanislav Devati nach einem mehrtägigen Hungerstreik aus der Haft entlassen, nachdem er bei der 1. Mai-Kundgebung am Wenzelsplatz festgenommen worden war. Halten Sie das für ein Zeichen der geänderten Vorgangsweise des Regimes?**

**HAVEL:** Wir leben im Moment in einer sehr komplizierten und wichtigen Zeit. Die Regierung agiert chaotisch,

ohne Konzept. Es gibt lauter verschiedene Phänomene und Druck von verschiedenen Seiten. Die Regierung weiß nicht wie sie darauf reagieren soll. Kurz nach Ihrer Freilassung hatten sie Besuch von Alexander Dubček. Bedeutet das, daß die Charta jetzt mit Dubček zusammenarbeiten wird? Peter Uhl wirft Dubček ja vor, verantwortlich für die nach 1968 eingeleitete „Normalisierung“ zu sein.

**HAVEL:** Es war nur ein Freundschafts-Besuch. Ich war sehr froh, ihn zum ersten Mal nach 20 Jahren zu sehen. Wir haben keine politischen Diskussionen geführt, da er mich so knapp nach meiner Freilassung in meiner Wohnung besucht hat. Er hat seine eigene politische Linie, über die wir uns aber nicht unterhalten haben. Dubček ist ein Sympathisant der Charta 77 und unterstützt unsere Arbeit. Sie haben zwei Gründe für Ihre vorzeitige Freilassung erwähnt, nämlich die Menschenrechtskonferenz in Paris und der große Druck der öffentlichen Meinung in der CSSR und aus dem Ausland. Glauben Sie, daß die Entwicklungen in der UdSSR, in Polen und in Ungarn Einfluß auf die Entscheidung der Regierung gehabt hat?

**HAVEL:** Sicher. In meinem Fall war es das erste Mal, daß die offiziellen Künstler-bezie-

Fortsetzung von Seite 3

hungsweise Schriftstellerverbände nicht nur der UdSSR, Polens und Ungarns, aber auch der DDR und Bulgariens gegen meine Inhaftierung protestiert haben. Das war für die Regierung etwas gänzlich Neues. Das ist Teil dieses neuen Phänomens mit dem die Regierung nicht umgehen kann.

Bringt die allgemeine Entwicklung in anderen Ländern des Ostblocks die Regierung der CSSR unter Druck?

HAVEL: Es ist keine angenehme Situation für unsere Regierung im Moment. Die Regierung ist die konservativste in Mitteleuropa. Sie versucht jetzt zwar ihr Image zu verbessern. Aber das geht nur soweit, wie ihre Politik nicht geändert werden muß.

Nach dem die sogenannten Reformer, wie Strougal, letztes Jahr aus der Regierung ausgeschieden sind, haben sie jetzt irgendwelche Anzeichen, daß wieder die Reformer an die Macht kommen? Wie ist Ihre Prognose.

HAVEL: Ich kann das jetzt nicht beurteilen, weil ich nicht weiß wie sich die Situation in den vier Monaten, in denen ich im Gefängnis war, geändert hat. — Aber ich habe das Gefühl, daß die Stimmung im Land offener geworden ist. Die Leute haben mehr Mut, für ihr Anliegen einzutreten. Sie machen heute Sachen, die sie noch vor einem halben Jahr nicht gemacht hätten, weil sie Angst hatten.

Welche Aktivitäten werden Sie und die Charta in nächster Zeit setzen?

HAVEL: Wir werden einfach unsere Arbeit fortsetzen. Wir waren immer für einen Dialog mit der Regierung. Sie wollte zwar nicht mit uns reden, aber wir sind dazu bereit. Wir werden unsere Haltung nicht ändern.

In den letzten Jahren sind neben der Charta 77 andere Gruppen, vor allem von jungen Menschen gegründet worden, die 1968 nicht bewußt miterlebt haben und in den Jahren der „Normalisierung“ aufgewachsen sind. Diese neuen Organisationen, wie zum Beispiel die „Kinder Böhmens“ vertreten eine andere Art der Politik, als die Charta. Was haben diese Organisationen mit der Charta zu tun? Und was sind die Erfolge dieser neuen Bewegungen?

HAVEL: Die Charta steht in Kontakt mit den anderen Gruppen. Wir haben nie einen Monopolanspruch gestellt. Wir sind für Pluralismus und je mehr unabhängige Bewegungen es gibt, desto besser. Durch diese Gruppen, in denen sich Studenten und junge Leute betätigen, wird uns natürlich viel Arbeit abgenommen, was uns freut. Es ist sicher, daß die Existenz der Charta in dunklen Zeiten sehr wichtig war. Jetzt zeigen sich die Ergebnisse unserer Arbeit. Die Auswirkungen der Charta lassen sich aber erst bei einem größeren Abstand zur Gegenwart absehen. Wir werden sehen, was die Charta gebracht hat. Für viele Leute war die Charta sowas wie ein Symbol. Sie wissen nicht viel über unsere Arbeit. Aber sie wissen, daß die Charta eine Alternative ist.

Politik

Good morning Ladies and Gentlemen“, begrüßt der Weltbank-Präsident Barber Conable am vergangenen Freitag die geladenen Journalisten zur Pressekonferenz. „Ich bin froh, Gelegenheit zu haben mit der österreichischen Regierung aber auch mit Vertretern der Nicht-Regierungs-

Haltung zur Weltbankpolitik, die Stimmung war anschließend wenig harmonisch, wie eine Teilnehmerin berichtet, und „herausgekommen ist eigentlich gar nichts.“

Während dieses mißglückten Anbiederungsversuches marschieren rund 1.000 Weltbank-Gegner durch die

Sollte dieses Projekt realisiert werden, sind die Folgen für die Luft des 15. und 16. Bezirks vorhersehbar. Wahrscheinlich wird sogar der erste Bezirk in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Sorgen um die Luft- und Lebensqualität äußert Heli Higardsberger von der Bürgerinitiative Schmelzpark nicht ohne Grund, heißt es doch auch im Stadtentwicklungsplan daß der „Grünzug vom Steinhof bis zur Schmelz gesichert werden muß.“

Im Jahr 1924 wurden die Schmelzgründe zum „Parkschutzgebiet“ erklärt, damals betrug dieses Areal noch 30 Hektar, heute sind davon lediglich 3,3 Hektar übrig, die

ihnen aber dann sehr bald gesagt, daß sie unsere Erfolge nicht auf ihre Fahnen schreiben brauchen.“ Erfolge können sie zwar verbuchen, mittlerweile hält man bei 500 Unterschriften, aber sämtliche Eingaben beim Rathaus „werden einfach ignoriert“ (Higardsberger).

Frau Higardsberger geht es aber nicht nur um die Schmelzgründe, auch der Meisselmarkt im 15. Bezirk ist in unmittelbarer Gefahr. Dort befindet sich ein Wasserspeicher, der angeblich leck sein soll, was von der Bürgerinitiative angezweifelt wird. „Das ist genauso leck, wie alle anderen Wasserspeicher in Wien“

## „Weltkrank“

Der Besuch des Weltbankpräsidenten Conable in Wien brachte nichts Neues

Von Astrid Kasperek und Franziska Kummer



Transparent gegenüber der Staatsoper: Mr. Conable blieb unbeeindruckt/Foto: C. Fischer

Organisationen und mit dem österreichischen Volk diskutieren zu können.“

Draußen, vor dem Eingang zu den ehrwürdigen Hallen des Finanzministeriums, steht ein Mannschaftswagen der Polizei in Bereitschaft, um dem hochkarätigen Gast aus Washington Schutz zu bieten. Aus Sicherheitsgründen wurde auch die Route der für Nachmittag geplanten Anti-Weltbank-Demonstration geändert. Kritiker aus dem Volk sollten so dem Weltbankpräsidenten möglichst ferngehalten werden.

In seinem Eingangsstatement zur Pressekonferenz führt Conable aus, daß nur jene Entwicklungsländer mit Krediten der Weltbank rechnen könnten, die die vorgeschriebenen „Strukturanpassungsprogramme“ auch durchführen. Die Kritik an den Projekten der Weltbank, weist Conable zurück. Die Weltbank werde zu einseitig gesehen, die Weltbank habe dazugelernt, betont Conable immer wieder, bei den aktuellen Entwicklungsprogrammen werde jetzt „sensitiver“ mit diesen Problemen wie Umweltzerstörung oder Verarmung umgegangen. Wider Erwarten kommt Conable nur am Rande auf das geplante Ostbüro der Weltbank in Wien, dem eigentlichen Zweck seines Besuchs zu sprechen. Die Pläne seien noch nicht konkret genug, die Finanzierung noch nicht gesichert.

Den Großteil seiner restlichen Zeit in Wien versucht Conable dann für die Imagepflege der Weltbankstrategien in der Dritten Welt zu nützen. Bei einem Gespräch mit den österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) am Nachmittag hat er damit allerdings wenig Glück. Sie konfrontieren den Präsidenten gleich zu Beginn der Unterredung mit ihrer ablehnenden

Straßen der Wiener Innenstadt, begleitet von mehreren Hundertschaften der Alarmabteilung. Vor der Nationalbank, dem Treffpunkt der Demo, vor der Creditanstalt und vor der Länderbank findet Straßentheater statt. Hürden mit der Aufschrift „Hunger“ oder „Umweltzerstörung“ sollen die wirtschaftlichen Folgen der Weltbank-Politik symbolisieren. Demonstranten werden von einem Aufseher darüber gejagt, stolpern und fallen, als Entschädigung gibt's eine Handvoll Reis.

Eine Sperre aus Gittern und Hunderten behelmten Polizisten läßt die Demonstranten am Graben zum Stillstand kommen. Nach einer kurzen Abschlußkundgebung löst sich die Versammlung vor den Augen der über das Polizeiaufgebot stauenden Touristen auf. Ein Teil der Demonstranten findet sich wenig später vor der Oper wieder. Ein auf einem gegenüber der Oper liegenden Gebäude befestigtes Riesentransparent erfreut dort die Gemüter. Groß ist da der Slogan des Tages zu lesen. „Die Weltbank macht die Welt krank“.

Zwei Aktivisten der Umweltschutzorganisation Global 2000 halten hoch über dem Erdboden schwebend das Transparent. Eine spontane Straßenblockade sollte die Aufmerksamkeit der Passanten für das Transparent erregen. Nach der Aufforderung der Polizei, die Straße zu räumen, ziehen sich die Demonstranten wieder auf den Gehsteig zurück. Trotzdem stürmt die Polizei in die friedliche Menge und nimmt gewaltsam drei Personen fest. Auch die beiden Kletterer werden nach ihrem Abseilakt vorübergehend inhaftiert. Am nächsten Tag sind alle fünf Weltbankgegner wieder auf freiem Fuß und Mr. Conable ist wieder abgereist.

## Schmelz, Luft und Stadt

Eine Verbauung der Grünfläche im 15. Bezirk scheint abgewendet. Eine endgültige Entscheidung ist aber nicht getroffen

Von Thomas Rottenberg

aber auch verbaut werden sollen. Das Gelände untersteht derzeit noch dem Bund, der es an die Gemeinde Wien und zwei gemeindenahe Firmen verkaufen will. Das bedeutet, daß der Verkauf im Ministerium einstimmig beschlossen werden muß und daran knüpft die Bürgerinitiative ihre letzte große Hoffnung, denn bereits zweimal scheiterte dieser Antrag am Veto von Wissenschaftsminister Erhard Busek. „Es ist uns gelungen, Busek vom Inhalt unserer Forderungen zu überzeugen“, freut sich Heli Higardsberger.

Derzeit befinden sich auf dem Gebiet Baracken aus der NS-Zeit, die vom Bundesheer als KFZ-Abstellplätze genutzt werden, aber der Bürgerinitiative geht es weniger um die Baracken, als um den alten Baumbestand, und seine

Allerdings soll eine U-Bahnstation dort entstehen.“ Der Meisselmarkt soll der U-Bahnstation weichen, die Marktstände sollen dann in die Wasserspeicher übersiedeln, befürchtet Heli Higardsberger. Am meisten Angst hat sie jedoch vor den Wohnhäusern und Garagen, die auch auf den Schmelzgründen errichtet werden sollen. „Dadurch werden dann auch die umliegenden Schrebergärten bedroht, denn dann werden sicherlich Zufahrten benötigt werden.“

Das Busek-Veto im Ministerrat gibt ihr zwar Hoffnung, jedoch glaubt sie nicht, daß der Kampf um die Schmelzgründe bereits gewonnen ist. „Ganz sicher ist es nicht, daß Minister Busek bei seinem Veto bleiben wird, aber selbst wenn er seine Meinung ändert, werden wir nicht aufge-



Schmelzgründe: Aus dem Bundesheergelände soll, geht es nach dem Willen der Bürgerinitiative, ein Park werden/Foto: C. Fischer

Funktion als grüne Lunge für die gesamte Umgebung. Der Kampf um die Schmelzgründe dauert bereits zweieinhalb Jahre. Nachdem ursprünglich alle Bezirksparteien für einen Verkauf waren, schwenkte die Bezirks-VP langsam auf die Linie der Bürgerinitiative um. Erfolge der Schmelzschützer versucht sie seither auf ihr Konto zu verbuchen. „Diese Umarmung durch die VP gibt es schon, seit wir sie überzeugt haben“, ärgert sich die Vertreterin der Initiative, „wir haben

ben.“ Die Sprecherin des Ministers Tina Krones-Tauber hingegen ist überzeugt, daß es beim Veto Buseks bleibt. „Der Einspruch im Ministerrat ist auch formalrechtlich nicht zu umgehen“.

Im Büro Stadtrat Swoboda baut man eher auf die Gesprächsbereitschaft Buseks. Der Minister, so ist zu hören, habe sich einen Termin mit Vizebürgermeister Mayr ausgemacht. Die endgültige Entscheidung um die Schmelz ist also noch nicht getroffen.



### Quer durchs Gemüsebeet. Ihr Tagesmenü für diese Woche.

Dienstag, 23. 5.

Getreideauflauf mit Gemüse und Käse

Mittwoch, 24. 5.

Gerstenbratlinge mit Mairüben und Kürbiskernsauce

Donnerstag, 25. 5.

geschlossen

Freitag, 26. 5.

Polentaberzen mit Fisolen in Estragonbutter

Samstag, 27. 5.

Hirselaibchen mit buntem Frühlingsgemüse

**WRENKH**  
Vegetarisches Gasthaus

1150 Wien, Hollergasse 9, Tel.: 83 41 28  
Öffnungszeiten: Di-Sa 11.30-14.30 und 18-23 Uhr  
Sonntag, Montag und Feiertag geschlossen